

562501-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau von ca. 62 geförderten Wohnungen für Staatsbedienstete und Tiefgarage, in der Dr. Höfler-Str. 1, 85221 Dachau - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021, LPH 6-9, bei stufenweiser Beauftragung

OJ S 155/2026 13/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau von ca. 62 geförderten Wohnungen für Staatsbedienstete und Tiefgarage, in der Dr. Höfler-Str. 1, 85221 Dachau - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021, LPH 6-9, bei stufenweiser Beauftragung

Beschreibung: Die Stadibau GmbH plant auf dem Grundstück der ehemaligen Polizeiinspektion Dachau den Neubau einer Wohnanlage mit rund 62 barrierefreien, öffentlich geförderten Wohnungen für Staatsbedienstete, einem Gemeinschaftsraum sowie einer Tiefgarage mit derzeit 36 Stellplätzen. Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind die Leistungen der Objektplanung Gebäude gemäß §§ 33 ff. HOAI 2021 für die Leistungsphasen 6 bis 9 bei stufenweiser Beauftragung; die Baukosten (KG 300 und 400) werden auf rund 19 Mio. EUR brutto geschätzt. Für eine genaue Beschreibung siehe 5.1

Kennung des Verfahrens: cc11ea11-c3d4-4cd2-91d3-613747193fbd

Interne Kennung: OBJ

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71521000 Baustellenüberwachung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Dr. Höfler-Str. 1

Stadt: Dachau

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: ---- a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). ---- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. ---- c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. ---- d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. ---- e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird, - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte

Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten wird. ---- f) In der zweiten Verfahrensstufe (Angebotsphase) sind Bieterfragen ausschließlich elektronisch bis 6 Tage vor Ablauf der Angebotsphase über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform einzureichen. ---- g) Die Bindefrist an das Angebot beträgt 90 Tage ab Angebotssubmission.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: entfällt

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: ---- a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; ---- b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; ---- c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; ---- d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; ---- e) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; ---- f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; ---- g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; ---- h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbungsgemeinschaften.

Bewerbungsgemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; ---- i) Erklärung Bezug Russland;

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau von ca. 62 geförderten Wohnungen für Staatsbedienstete und Tiefgarage, in der Dr. Höfler-Str. 1, 85221 Dachau - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021, LPH 6-9, bei stufenweiser Beauftragung

Beschreibung: Gegenstand der Beschaffung sind Leistungen der Objektplanung Gebäude gemäß §§ 33 ff. HOAI 2021 für die Leistungsphasen 6 bis 9. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.--- Die Stadibau GmbH als staatliche Wohnungsbaugesellschaft plant auf dem Grundstück der ehemaligen Polizeiinspektion Dachau in der Dr.-Höfler-Straße 1, 85221 Dachau, den Neubau einer Wohnanlage mit rund 62 barrierefreien, öffentlich geförderten Wohnungen für Staatsbedienstete sowie einer Tiefgarage. Das bestehende Gebäude wird im

Zuge der Maßnahme zurückgebaut. Ergänzend sind gemeinschaftliche Nutzungen, insbesondere ein Gemeinschaftsraum, sowie eine Tiefgarage mit derzeit 36 Stellplätzen, davon vier barrierefreie Stellplätze, vorgesehen. Das Baugrundstück liegt östlich des Dachauer Stadtzentrums in unmittelbarer Nähe der Augsburgs Straße, einer der Hauptverkehrsachsen der Stadt. Das Projekt befindet sich derzeit im Abschluss der Leistungsphase 2. Für das Vorhaben liegt ein positiver Bauvorbescheid vor. Die Leistungen der Objektplanung Gebäude für die Leistungsphasen 1 bis 5 wurden bereits an ein Architekturbüro vergeben. Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind die Leistungen der Objektplanung Gebäude für die Leistungsphasen 6 bis 9. Die Bearbeitung der Leistungsphase 6 erfolgt dabei parallel zur laufenden Leistungsphase 5. Geplant ist eine Ausführung in Massivbauweise aus Mauerwerk und Stahlbeton. Die Tiefgarage wird als Konstruktion aus wasserundurchlässigem Beton (WU-Beton) mit Beschichtungssystem hergestellt. Vorgesehen sind außerdem ein extensiv begrüntes Flachdach, eine Photovoltaikanlage, eine Wärmepumpenanlage mit ergänzender Gaskomponente sowie Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität. Die besonderen Anforderungen aus den Grundwasserverhältnissen sowie dem erforderlichen Spezialtiefbau sind bei Planung und Ausführung zu berücksichtigen. Die Baukosten werden derzeit für die Kostengruppen 300 und 400 auf rund 19 Mio. EUR brutto geschätzt. Für das Vorhaben ist die Beantragung von Fördermitteln vorgesehen. Auf dem Baugrundstück befindet sich derzeit das Bestandsgebäude der ehemaligen Polizeiinspektion. Vor dem Abbruch ist eine Schadstoffsanierung durchzuführen. Darüber hinaus sind die Umverlegung bestehender Versorgungsleitungen sowie die Verlegung eines vorhandenen Trafostandorts erforderlich. Der Abbruch des Bestandsgebäudes ist für das vierte Quartal 2026 vorgesehen. Terminplan: --- Die 2. Verfahrensstufe (Angebotsphase) wird verkürzt sein. Die Angebotszeit wird aber mindestens 15 Kalendertage betragen, gerechnet ab dem Tag nach der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe. Durch die Teilnahme am Verfahren erklären sich die Bieter mit dieser Frist einverstanden. --- Die Auftragsvergabe sowie der unmittelbare Beginn der Leistungen der Objektplanung Gebäude (Leistungsphasen 6 bis 9) sind für KW 50 / 2026 vorgesehen. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2027 geplant. Die Fertigstellung des Bauvorhabens, einschließlich der Inbetriebnahme, ist für April 2029 vorgesehen.

Interne Kennung: OBJ

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71521000 Baustellenüberwachung

Optionen:

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung erfolgt stufenweise: ----- Stufe 1: LPH 6-7, gem. § 34 ff HOAI 2021; Stufe 2: LPH 8-9, gem. § 34 ff HOAI 2021; ----- Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen, Bauabschnitte, einzelner Leistungsphasen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Dr. Höfler-Str. 1

Stadt: Dachau

Postleitzahl: 85221

Land, Gliederung (NUTS): Dachau (DE217)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 08/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 30/09/2028

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: ----- Beschreibung der Verlängerungen: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Genehmigung durch Behörden, Fördergeber und Gremien nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über den spezifischen Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. -- Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 1.000.000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume;

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: -- Eigenerklärung im Teilnahmeantrag über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 2.000.000 EUR für Personenschäden und über 2.000.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. -- Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit

uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. --Im Falle einer Bewerbergemeinschaft bestehen hinsichtlich der Haftpflichtversicherung folgende zulässige Gestaltungsvarianten: a) Die Bewerbergemeinschaft schließt eine eigenständige, projektbezogene Haftpflichtversicherung (Projekt-Haftpflichtversicherung) ab, welche sämtliche im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) erbrachten Leistungen mit den oben genannten Konditionen abdeckt. b) Beide Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügen jeweils über eine eigene Haftpflichtversicherung, die ausdrücklich auch die Mithaftung im Rahmen einer ARGE umfasst und die oben genannten Konditionen erfüllt. c) Mindestens eines der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügt über eine Haftpflichtversicherung, die die Mithaftung im Rahmen einer ARGE ausdrücklich einschließt und die oben genannten Konditionen erfüllt. Nicht ausreichend und daher unzulässig ist es, wenn beide Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zwar jeweils über eine eigene Haftpflichtversicherung verfügen, diese jedoch keine Deckung für die Mithaftung im Rahmen einer ARGE vorsehen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft über die Anzahl der technisch festgestellten Mitarbeiter und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2023, 2024, 2025) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 9 technischen festgestellten Mitarbeitern inklusive Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume. --- Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gemäß § 47 Abs. 1 VgV im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist auch von den freien Mitarbeitern auszufüllen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation eines Geschäftsführers oder einer Führungskraft gemäß § 75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mindestens 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Bauingenieur“ o.vgl. gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bieters (Sitz des Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Architekten-/ oder Ingenieurkammer und Vorlage einer Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung und des Abschlussdatums. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Bauingenieur“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist. - - - b) Nachweis der Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft: Die Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter a) Relevante Bildungs- und Berufsqualifikation] im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.

Mindestanforderung sind 10 Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder die Führungskraft im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe von 2 Referenzen (Ref 1+ Ref 2: LPH 6-8) gem. § 75 Abs. 5 VgV. ----- Folgende Mindestanforderungen gelten bei den Referenzprojekten: - - - Ref 1+2: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.08.2018 - 31.07.2026 liegen, die LPH 6 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. ----- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 1: -- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 15,00 Mio. €), -- dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 6-8), -- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform. (falls ja: volle Punktzahl). ----- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 2: -- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 10,00 Mio. €), -- dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 6-8), -- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform. (falls ja: volle Punktzahl). ----- zusätzliche Kriterien (es genügt, wenn die Unterkategorie jeweils bei einer wertbaren Referenz erfüllt ist) für: -- Bei einem der eingereichten Referenzprojekte handelt es sich um ein Bauvorhaben innerstädtischer Lage mit besonderen Anforderungen an die Baustellenlogistik, z. B. beengte Verhältnisse, eingeschränkte Andienung oder laufende Nachbar- bzw. Verkehrsnutzungen. (Der Nachweis erfolgt durch kurze Beschreibung der Randbedingungen, logistischen Herausforderungen und erbrachten Leistungen.) (falls ja: volle Punktzahl); - Gegenstand mindestens einer der eingereichten Referenzprojekte war die Objektplanung der Lph 6 bis 8 für eine Tiefgarage mit anstehendem Grundwasser. (Der Nachweis erfolgt durch kurze Beschreibung der baulichen Randbedingungen, des Umgangs mit dem Grundwasser und der erbrachten Leistungen.) (falls ja: volle Punktzahl); ----- Hinweis zu den Referenzen und zur Projektdarstellung der Referenzprojekte: -- Die Referenzprojekte 1 und 2 müssen verschieden sein. -- Es werden nur Referenzprojekte gewertet, für die ein Referenzdatenblatt (= Teil 4) im Teilnahmeantrag ausgefüllt wird. Werden zusätzliche Referenzen eingereicht, ist das Referenzdatenblatt der jeweiligen Referenzkategorie dem zu Folge zu kopieren, auszufüllen und dem Teilnahmeantrag beizufügen. -- Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. -- Alle Referenzprojekte sind aussagekräftig auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seiten darzustellen und zu beschreiben. Die graphische Darstellung (z.B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und eine kurze Beschreibung in Textform sollen Ihr Vorgehen bei den Referenzprojekten erläutern und uns die Wertung ermöglichen. ----- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. ----- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ----- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen

mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden. -----

Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers in der zweiten Verfahrensstufe – nach Aufforderung zur Angebotsabgabe und vor der Submission – behält sich die Vergabestelle vor, das gemäß Rangfolge nächstplatzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 55,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien A1 bis A5)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 38

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien B1 bis B5)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 42

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar: Honorarermittlung im Rahmen der HOAI

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284aa4-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284aa4-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bieter müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284aa4-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30

Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach

Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-

Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30

Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt

der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender

Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bieter im

Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10

Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe des Eignungsnachweises und des Angebots gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB). Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH

Registrierungsnummer: DE129465401

Postanschrift: Schwere-Reiter-Str. 11

Stadt: München

Postleitzahl: 80637

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Meixner + Partner GmbH, Verfahrensbetreuung D. Poppe

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Telefon: +49 82150105197

Internetadresse: www.stadibau.bayern

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284aa4-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: DE 811335517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 89 21762847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Meixner + Partner GmbH

Registrierungsnummer: DE226852359

Postanschrift: Gögginger Straße 93

Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86199
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Frau Poppe
E-Mail: vgv@meixner-partner.de
Telefon: +49 82150105197
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d6e02d3f-069c-40a7-8c40-023eadd0700a - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/08/2026 11:51:09 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 562501-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 155/2026
Datum der Veröffentlichung: 13/08/2026